

Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte



41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales
Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

Von Zeile 10 bis 11:

Leitbild unseres außenpolitischen Engagements ist es, dass Deutschland und **Europa** die **EU** mehr Verantwortung für die Gestaltung einer friedlichen und kooperativen Weltordnung übernehmen

Von Zeile 71 bis 73:

denen schwere Menschenrechtsverletzungen stattfinden, sollen gesetzlich verboten werden. Auf **europäischer**-**EU**-Ebene brauchen wir sowohl eine stärker koordinierte Sicherheits- und Verteidigungspolitik als auch verstärkte Anstrengungen zur Rüstungskontrolle. Sie müssen

Von Zeile 141 bis 143:

Nichtregierungsorganisationen ein Verbandsklagerecht einräumen, um genehmigte Rüstungsexporte durch eine Klage überprüfen zu lassen. Auf **europäischer**-**EU**-Ebene kämpfen wir darum, eine **europaweite****EU-weite** Rüstungsexportkontrolle voranzubringen.

Begründung

Der Entwurf unterscheidet an sehr vielen Stellen nicht zwischen der EU und Europa. Das ist sprachlich unklar und gegenüber den europäischen Ländern, die nicht in der EU sind, anmaßend; zudem mindert diese Sprechweise das Bewusstsein dafür, dass die europäische Einigung nicht abgeschlossen ist, und befördert statt des Bestrebens, sie zu vollenden, eher eine Neigung, die Nicht-EU-Staaten als "nicht Europa" zu betrachten.